Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postscheck-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger — **Wochenblatt**

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — Erscheint an jedem Werktag — — —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Rpf: Die 41 mm breite Zeile (Mosse's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Rpf, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Rpf; amtlich 1 mm 30 Rpf und 24 Rpf; Reklame 25 Rpf. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 — Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) — Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 20 || **Freitag, den 24. Januar 1930** || **82. Jahrgang**

Das Wichtigste

Wie die hiesige Presse zu berichten weiß, sollen die deutsch-polnischen Verhandlungen im Anschluß an die Genfer Besprechungen noch im Laufe dieser Woche weiter geführt werden.

Wie aus Teheran gemeldet wird, ist im Gebiet von Täbris eine schwere Scharlachepidemie ausgebrochen. Im Laufe von zwei Wochen wurden bisher 3000 Todesfälle verzeichnet.

Oertliche und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Reichsbund.) Die diesjährige Hauptversammlung der Ortsgruppe Pulsnitz im Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen erfreute sich wieder einer sehr zahlreichen Beteiligung. Allerdings hätte die Zahl der Besucher, in Anbetracht der hohen Mitgliederzahl, eine bedeutend höhere sein müssen. Der Vorsitzende, Kamerad Oswald, begrüßte die Anwesenden, besonders begrüßte er den erschienenen Bezirkskassierer, Kam. Zschiedrich, Großröhrsdorf. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung wurde in dieselbe eingetreten. Nachdem wichtige Ein- und Ausgänge bekanntgegeben worden waren, erstattete der zweite Kassierer den Kassenbericht über die vierte Quartalsabrechnung, sowie die Weihnachtsbescherung und die Ortskasse. Der erste Kassierer war dienstlich verhindert. Wie immer, so war auch diesmal die Kasse in mustergültiger Ordnung, wofür dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden ersah man, daß eine reiche Arbeit im verflossenen Jahr geleistet wurde und dadurch erhebliche Fortschritte gemacht wurden. Zehn Mitglieder sind neu gewonnen worden. Die Berichte des Vergnügungsausschusses und Unterstützungsausschusses gaben ebenfalls Beweise regen Fleißes, peinlichster Ordnung und treuer Pflichterfüllung. Im Mittelpunkt des Abends stand das Referat des Bezirkskassierers, Kam. Zschiedrich, über das Thema: „Wer erhält Witwen-, Waisen- und Elternbeihilfe?" Der Vortrag war in jeder Beziehung interessant und vor allem lehrreich. Er erinnerte im Schlußwort die Mitglieder aufs neue daran, festzuhalten an der Organisation des Reichsbundes, um so mitzukämpfen für Recht und Frieden. Der Vorsitzende dankte dem Redner für seine ausführlichen Darlegungen. Die nun folgenden Neuwahlen gingen flott und ohne Störung vonstatten. Sämtliche Funktionäre wurden wieder vorgeschlagen und gewählt. Ein schöner Beweis dafür, daß die Mitglieder mit den Leistungen des Gesamtvorstandes voll und ganz zufrieden sind. Die ganze Versammlung verlief in harmonischer und kameradschaftlicher Weise, sodaß jeder mit dem Resultat des Abends zufrieden sein kann. Der neugewählte Vorstand wird im Jahre 1930 ebenfalls alles daransetzen, um den Mitgliedern zu ihrem wohlerworbenen Recht zu verhelfen.

Pulsnitz. (Der Mütterabend) findet am Freitag, den 31. Januar 1930, abends 8 Uhr, im Pfarrhause (Konfirmandenzimmer) statt.

— (Die Gruppe Radeberg des SESB.) wird am Sonntag nachmittags 2 Uhr im Hotel Kaiserhof Radeberg ihre Hauptversammlung abhalten. Da die Gruppe in diesem Jahre ihr 40jähriges Bestehen feiert, wird einer der Hauptpunkte der Tagesordnung sich mit der Ausgestaltung der Festfeier zu beschäftigen haben. Das Gruppenfest ist von der Gruppenleitung für Anfang September d. J. in Radeberg vorgesehen.

Großnaundorf. (Sitzung des Turnvereins DT) Am vergangenen Dienstag abend fand im Obergasthof die erste diesjährige Sitzung des Turnrates statt, bei welcher mehrere Neuaufnahmen vollzogen wurden und der Turnrat sich konstituierte. Nach diesem fanden einige Vorgänge Erledigung, z. B. die Ueberreichung der Klarinette an den Jugendturner Paul Söhnel, ferner wurde eine Beihilfe an die Notenkasse des Spielmannszuges bewilligt. Ueber die Ehrung eines langjährigen tätigen Mitgliedes wurde das weitere beschlossen. Hierauf wurde der Jahresarbeitsplan, wie ihn der Vorstand aufgestellt hatte, zur Kenntnis genommen und einstimmig gutgeheißen. In Grundstücks- und Finanzangelegenheiten werden sodann bindende Beschlüsse gefaßt, die besonders einen Einleger betreffen. Im letzten Punkt der Tagesordnung wird aus praktischen Gründen heraus eine Trennung der Bau- und Hauptkasse für richtig befunden und mit der Führung der Baukasse Turnbruder Richard Großmann ehrenamtlich betraut. Mit einem freudigen Ausblick auf die weitere Entwicklung des Vereins im Jahre 1930 wurde die Sitzung geschlossen.

Großnaundorf. (Sitzung der Verbandsberufsschulkörperschaften.) Am vergangenen Mittwoch abend fand in Zimmer 3 der hiesigen Schule die erste diesjährige Sitzung der beiden Verbandsberufsschulkörperschaften mit folgender Tagesordnung statt: 1. Feststellung der Geschäftsfähigkeit. 2. Wahlen. 3. Sachstandmitteilung und Beschlußfassung wegen der Rückstellungsforderungen des Gehaltsamtes. 4. Haushaltplanberatung 1930/31. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der derzeitige Vorsitzende des Ausschusses, Schulleiter Martin die Anwesenden und wünschte den Verhandlungen der Körperschaften auch im neuen Jahre guten Erfolg und gedeihlichen Fortgang zum Segen der Berufsschule. Die Mitglieder beider Körperschaften sind nach Namensaufruf ordnungsgemäß gewählt bis auf die Feststellungen von Kleindittmannsdorf, deren Vertreter sämtlich nicht anwesend sind. Zu Schriftführern wurden mit beratender Stimme Herr Lehrer Hübschmann und die Berufsschulfachlehrerin Fräulein Wilhelm gewählt. Die übrigen Wahlen wurden von der Tagesordnung vorläufig abgesetzt und als letzter Punkt behandelt, weil immer noch

Das „Haager Abkommen" dem Reichsrat zugeleitet

Ratifizierung des Young-Plans vor Ende Februar

Das Reichskabinett hat am Donnerstag dem Reichsrat einen Teil der Gesetzentwürfe übermittelt, durch die im Reichsrat und Reichstag die Durchführung des Young-Planes festgelegt werden soll. Der Reichsrat wird am Dienstag nächster Woche mit der Beratung dieser Gesetze beginnen. Der Reichsrat hofft, daß dann am 4. Februar die erste Lesung der Young-Gesetze im Reichstag beginnen kann. Die Schlußabstimmung über alle Gesetze, Protokolle und Annexe soll im Reichstag etwa in der Zeit vom 15. bis 20. Februar stattfinden.

In der letzten Besprechung, die im Haag zwischen dem deutschen Außenminister Dr. Curtius und dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu stattgefunden hat, hat Tardieu für Frankreich die Erklärung abgegeben, daß das französische Parlament ohne Rücksicht auf die Flottenkonferenz in London in Gegenwart fast aller Mitglieder des Kabinetts die Verhandlungen über die Haager Vereinbarungen auch in der Zeit zwischen dem 18. und 20. Februar aufnehmen könne, so daß mit der Ratifizierung der Haager Vereinbarungen durch das französische Parlament auch etwa bis zum 20. Februar zu rechnen ist. Die englische, italienische und belgische Regierung wollen bis zum gleichen Termin fertig sein. Die japanische Ratifizierung wird erst wesentlich später erfolgen, spielt aber nach den Haager Vereinbarungen für das Inkrafttreten des Young-Planes keine Rolle.

Die in dem sogenannten Politischen Protokoll der ersten Haager Konferenz vorgesehene Ingangsetzung des Young-Plans, die eine

Voraussetzung der Räumung der Rheinlande

ist, hängt dann noch von der Begründung der Internationalen Tributbank ab. Die Vorbereitungen dafür sollen nach den Vereinbarungen, die im Haag getroffen sind, etwa am 20. März beendet sein, so daß die „Ingangsetzung" des Young-Plans zum 1. April vollendet wäre. In der Zeit vom 1. April bis zum 30. Juni soll dann die Räumung der dritten Zone durch Frankreich durchgeführt werden. Die Reichsregierung hofft, daß diesem Plane keine weiteren Schwierigkeiten entgegenstehen. Wie nach der Rückkehr der deutschen Delegation bekannt wird, ist im Haag

eine Reihe von Liquidationsabkommen

abgeschlossen worden. Neuseeland und Australien haben ebenso wie England die Herausgabe der Ueberschüsse aus der Liquidation deutschen Eigentums verweigert, dagegen das noch nicht liquidierte deutsche Eigentum freigegeben. Italien gibt einen Betrag von etwa fünf Millionen Lire zurück und läßt den Rest des noch nicht liquidierten deutschen Eigentums frei. Frankreich hat das Abkommen von 1926 noch einmal bestätigt und wird etwa für 10 Millionen Goldmark liquidierte Werte herausgeben. Kanada hat sich dem englischen Standpunkt nicht angeschlossen; es ist grundsätzlich zur Freigabe von Ueberschüssen bereit. Die Verhandlungen darüber werden aber noch weitergeführt. Die deutsche Regierung rechnet auf einen Betrag von 10 Millionen Dollar.

Die Beratungen der Regierungsparteien über das Ergebnis der zweiten Haager Konferenz.

Berlin. In einigen Fraktionen haben die Vorbesprechungen über das Ergebnis der zweiten Haager Konferenz begonnen. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat am Donnerstag abend spät eine Beratung abgehalten, in der man sich über die Finanzreform unterhalten hat. In diesen Zusammenhang gehört für die Deutsche Volkspartei auch das Problem Schacht, über das in der Fraktion eine eingehende Aussprache stattfinden muß, da der Reichsfinanzminister sich gegen jede Absicht wehrt, die irgendwie auf eine Absetzung des Reichsbankpräsidenten hinauslaufen würde. Man erklärt in Zentrumskreisen des Reichstags, daß die Meldungen über Gegensätze zwischen dem Vorsitzenden, dem Abgeordneten Dr. Brüning, und dem Reichsminister Dr. Wirth in der Sanktionsfrage nicht richtig seien. Es werde sich erst in den Beratungen der Fraktion herausstellen, ob die Fraktion gegen Einzelheiten der Sanktionsvereinbarungen Stellung nehmen werde.

Der Reichstag unterbricht seinen Winterschlaf.

Der Reichstag hat seinen Winterschlaf beendet, wie es scheint, oder nein, sagen wir lieber unterbrochen, denn die Tagung, zu der er am Donnerstag nachmittag zusammentrat, soll ja nur ein paar Tage dauern. Nur nicht zu viel, meine Herren Volksboten, es könnte sonst zu schnell gearbeitet werden! Und dann immer vorsichtig voran! Zunächst also kam das Zündholzgesetz auf die Tagesordnung. Wie seltsam, haben wir denn gar keine anderen Sorgen, die uns viel näher liegen und die viel eher behandelt werden sollten? Uns alle drückt die Sorge um unsere Reichsfinanzen. Wir möchten gern die Sache im Haag bereinigt wissen. Wir haben auch sonst noch eine ganze Reihe Sorgen. Aber wir sind eben keine Reichstagsabgeordneten, und das ist der Unterschied. Unser Reichsparlament macht zunächst ein Zündholzgesetz und fährt dann wieder nach Hause.

Den Charakter einer nur vorübergehenden Sitzungszeit zeigte auch das Reichstagsbild am Donnerstag. Man begrüßte sich, denn man hatte sich so lange nicht gesehen, stärkte sich vor dem Beginn der Verhandlungen im Reichstagsrestaurant, ließ Qualm zur Decke steigen, daß man mit dem Messer hätte durchschneiden können, unterhielt sich über dies und das und tauschte auch seine Sorgen aus. Aber was hilft das alles, wenn unsere Volksvertreter sich die Sorgen gegenseitig erzählen. Das Volk erwartet von ihnen ein klein wenig mehr. Dies scheint auch die Ansicht der volksparteilichen und den Ministern dieser Partei nahestehenden „Deutschen Allgemeinen Zeitung" zu sein. Sie schreibt folgendes: „Es (das Parlament) hat während des wochenlangen Kampfes im Haag Winterschlaf gehalten und auch nicht das kleinste Lebenszeichen von sich gegeben, das die Regierung hätte daran erinnern können, wie bedenklich es wäre, ohne gewisse Mindestsicherungen nach Hause zu kommen."

Um das Zündholzmonopol.

Deutscher Reichstag.

124. Sitzung, Donnerstag, den 23. Januar.

Präsident Löbe eröffnet die erste Sitzung nach der Weihnachtspause um 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt der Gesetzentwurf über das Zündwarenmonopol und die Kreuger-Anleihe.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer

leitet die Beratung ein und hält damit seine erste Ministerrede vor dem Reichstag. Er erklärt, daß er die Absicht gehabt habe, bei dieser Beratung einen eingehenden Bericht über die Kassenlage des Reiches zu erstatten, weil ihre Kenntnis zur Würdigung der Kreuger-Anleihe notwendig erscheine. Infolge der Verzögerung der Verhandlungen im Haag und seiner verspäteten Rückkehr nach Berlin könne er diese Absicht nicht durchführen. Er behalte sich vor, im Ausschuß und bei der zweiten Beratung im Plenum die Kassenlage in voller Offenheit und Klarheit darzustellen. Er begnüge sich unter diesen Umständen heute mit wenigen einleitenden Worten. Die Anleihe sei an die Bedingung geknüpft, daß das Monopol am 31. Januar d. J. verabschiedet ist. Versuche, diesen Termin hinauszuschieben, hätten leider zu keinem Erfolg geführt. Er bitte deshalb um Beschleunigung der Beratung.

Abg. Dr. Hertz (Soz.) erklärt, daß auch seine Partei unter diesen Umständen ihre Ausführungen zurückstelle.

Die nächsten Redner wandten sich gegen das Verlangen der Sozialdemokraten, den Konsumgenossenschaften eine Ausnahmestellung zu geben. So hob Abg. Beythien (D. Vp.) hervor, daß die Sozialdemokraten den Bogen nicht überspannen sollen. Die Volkspartei lege gegen die Ausnutzung der sozialistischen Machtposition schärfsten Protest ein. Das Gesetz sei eine starke Zumutung an die bürgerlichen Parteien. Das Tabaksteuergesetz sei angenommen worden, weil man es als Voraussetzung für die Finanzreform hingestellt habe. Man müsse nun fragen, ob die Sozialdemokratie ihrerseits die Folgerung aus dieser Entwicklung ziehe, daß eine Gesundung unserer Finanzen nur möglich sei, wenn eine Senkung der Steuern, namentlich der Realsteuern, folge, denn nur dann wäre eine Vermögenserneuerung in Deutschland möglich. Die 500 Millionen langfristiger Anleihe wären allerdings als großes Positivum in Anschlag zu setzen. Abg. Borrmann (Wp.) widersprach dem und betonte, daß man über die Finanzkalamität auch ohne das Zündholzgesetz hinwegkommen würde. Eine Bevorzugung der Konsumvereine sei auf alle Fälle abzulehnen.

Abg. Rauch-München (B. Vp.) meinte, die Behandlung der Konsumvereine stehe im Widerspruch zur Reichsverfassung. Das Zündholzmonopolgesetz habe deshalb verfassungsändernden Charakter.

SLUB
Wir führen Wissen.